

Arbeitskampf der IG-Metall verdient bedingungslose **Solidarität**

Der Arbeitskampf der IG Metall um die 35-Stunden-Woche in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie hat beispielhaften Charakter und ist von strategischer Bedeutung. Es geht um mehr, als die 35-Stunden-Woche. Arbeitgeber und neoliberale Politiker wollen die Auseinandersetzung nutzen, um Arbeitskämpfe grundsätzlich einzuschränken und Ostdeutschland auf Dauer vom westdeutschen Tarifgebiet abzukoppeln.

Die Übertragung des Tarifkompromisses der ostdeutschen Stahlbetriebe auf die Metall- und Elektroindustrie ist vom Volumen her fast unbedeutend. Dass die ostdeutschen Metaller erst zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall, nämlich im Jahr 2009, die gleiche Arbeitszeit wie im Westen erreichen sollen, ist wahrlich kein Durchbruch. Zumal die Arbeitsproduktivität in den jetzt am heftigsten umkämpften Betrieben, nämlich in der Automobilindustrie, nicht nur das Westniveau erreicht, sondern teilweise noch überbietet. Den industriellen Arbeitgebern geht es um die Verewigung des „ostdeutschen Standortvorteils“ – um eine Sonderwirtschaftszone-Ost mit niedrigeren Arbeitskosten und höheren Profiten.

Dass sich die ostdeutschen Ministerpräsidenten in dieser Situation auf die Seite der Konzerne stellen und die längere Arbeitszeit in ihren Ländern verteidigen, hat nichts mit der Sorge um die ostdeutschen Arbeitsplätze zu tun. Es ist das ungeschminkte Eingeständnis, dass sie „ihren Landeskindern“ keine andere Perspektive anzubieten haben, als sie auf Dauer zu Bundesbürgern zweiter Klasse zu machen. Bemerkenswert auch die politische Instinktlosigkeit, mit der die Ministerpräsidenten der Streikbewegung am 17. Juni 1953 gedachten und gleichzeitig den gerade stattfindenden Streik verunglimpften. Offenbar sind für unsere Ministerpräsidenten nur gescheiterte Arbeitskämpfe auch gute Arbeitskämpfe.

Wir sagen:

- **Das sind die Ergebnisse von 12 Jahren Standortvorteil Ost:
Weniger Lohn, längere Arbeitszeiten und mehr Arbeitslose.**
- **Wo man länger arbeitet und weniger verdient, wird weniger ausgegeben – wo weniger ausgegeben wird, entstehen weniger Arbeitsplätze.**
- **Deshalb darf Ostdeutschland nicht das Billiglohnland der Konzerne bleiben, sondern braucht gleichen Lohn für gleiche Arbeit.**

